

Handbuch Außenwirtschaftsrecht

Herrmann / Stein

2027

ISBN 978-3-406-83543-8

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Herrmann/Stein
Handbuch Außenwirtschaftsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Außenwirtschafts- recht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christoph Herrmann, LL.M.

Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht,
Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht, Universität Passau

Dr. Roland M. Stein, LL.M. Eur.

Rechtsanwalt in Berlin

Bearbeitet von

Ass.-Prof. Dr. Patrick Abel, MJur, Hochschullehrer in Innsbruck; *Dr. Tobias Ackermann*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Ramona Ader*, Rechtsanwältin in Berlin; *Arian Birth, LL.M.*, Rechtsanwalt in Brüssel; *Katharina Bongs, LL.M.*, Rechtsanwältin in Brüssel; *Dr. Carsten Bormann, MJur*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Fabian Eichberger, MJur*, Akademischer Rat a. Z. in Mainz/Cambridge; *Niklas Gatermann*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Katja Göcke, LL.M.*, Rechtsanwältin in Hamburg; *Prof. Dr. Henner Gött, LL.M.*, Referent in Berlin; *Ines Florinde Horn, LL.M.*, Rechtsanwältin in Berlin; *Prof. Dr. Romy Klimke*, Hochschullehrerin in Berlin; *Dr. Laura Louca*, Rechtsanwältin in Berlin; *Prof. Dr. Cornelia Manger-Nestler, LL.M.*, Hochschullehrerin in Leipzig; *Filip Medunić*, Associate Fellow in Berlin; *Matthias Schleifenbaum, LL.M.*, Rechtsanwalt in Köln; *Sören Schomburg*, Rechtsanwalt in Berlin; *Nina Schwartz*, Rechtsanwältin in Brüssel; *Dr. Patricia Trapp*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Dr. Moritz Vohwinkel*, Rechtsanwalt in Köln; *Alexander Wöhde*, Vorstandsvorsitzender in Bonn; *Dr. Dr. Claus Zimmermann, LL.M.*, Rechtsanwalt in Brüssel.

2027



Herrmann/Stein AWR-HdB/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 83543 8

© 2027 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betrieb GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Außenwirtschaftsrecht hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Blickt man zwei Jahrzehnte zurück, so beschränkten sich genuin außenwirtschaftsrechtliche Fragen beim Import im Wesentlichen auf das Zollrecht und handelspolitische Schutzinstrumente, namentlich Antidumping- und Ausgleichszölle. Exportseitig ging es um Dual-Use-Güter und Exportkontrolle für Kriegswaffen. Für die damalige Zeit galt auch ein weitgehender Gleichlauf von multilateralem Wirtschaftsvölkerrecht und Außenwirtschaftsrecht.

Heute finden sich umfassende Regeln auch im Bereich der Lieferketten und Herstellungsmethoden, deren Ziel es vorrangig ist, Nachhaltigkeit zu fördern. Gleichzeitig sind Fragen der ökonomischen Sicherheit sowie des systematischen Schutzes des Binnenmarkts vor Verfälschungen von außen und innen in den Blick geraten, die insbesondere durch die Investitionsprüfung und die Drittstaatensubventionsverordnung adressiert werden. Im Übrigen haben die Russlandsanktionen spätestens seit 2022 aufgrund ihres rechtlichen und wirtschaftlichen Ausmaßes die Frage nach der Zulässigkeit bestimmter Außenwirtschaftsbeziehungen in den Mittelpunkt vieler Transaktionen gerückt.

Hinzu kommt die Krise der WTO-Streitbeilegung, die die Durchsetzung der wirtschaftsvölkerrechtlichen Regeln auf globaler Ebene massiv beeinträchtigt. Zugleich nimmt die Bedeutung der WTO-Regeln wegen ihrer schwächer werdenden Steuerkraft und ihrer Überlagerung durch zahlreiche bilaterale Abkommen mit großen Handelspartnern und Handelsräumen (etwa Korea, Japan, Kanada, Mercosur und Indien) ab.

Umso wichtiger sind das europäische und nationale Außenwirtschaftsrecht. Sie sind infolge der vom EuGH für das WTO-Recht abgelehnten und in den Freihandelsabkommen der EU seit 2006 jeweils ausgeschlossenen direkten Wirkung weitestgehend gegen eine unmittelbare Durchsetzung abgeschirmt.

Vor diesem Hintergrund bietet das vorliegende Werk verlässliche Orientierung, ohne dabei stets vertiefte Detailkenntnisse der Nutzerinnen und Nutzer vorauszusetzen. Als Herausgeber haben wir uns bemüht, einen umfassenden Blick auf die rechtlichen Fragen der Außenwirtschaft zu gewährleisten. Dies verdanken wir vorrangig unseren sachkundigen Autorinnen und Autoren, ohne die das Werk nicht hätte entstehen können. Ganz besonderer Dank gilt dem Verlag C.H. Beck für das Vertrauen in das Projekt, namentlich Herrn Dr. Thomas Schäfer und Frau Vivienne Eberlin, und Frau Eberlin insbesondere für die umsichtige Betreuung von Redaktion und Drucklegung.

Ohne Unterstützung am Lehrstuhl in Passau und in der Kanzlei Blomstein in Berlin wäre die Entstehung dieses Werkes ebenfalls nicht möglich gewesen. In Passau gilt unser Dank insbesondere Stephanie Smolik, Laurenz Weigand, LL.M. und Isabel Trotz, LL.B., in Berlin Yara Abdel-Ghany, Raphaël Beermann, Gero von Dietze und Jonas Römer.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge aus der Leserschaft sind wir dankbar.

Berlin/Passau, August 2026

Prof. Dr. Christoph Herrmann
Dr. Roland M. Stein



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Ass.-Prof. Dr. Patrick Abel, MJur Institut für Europarecht und Völkerrecht, Universität Innsbruck	§§ 21, 22, 24, 25
Dr. Tobias Ackermann Rechtsanwalt bei <i>Blomstein</i> , Düsseldorf	§ 17
Ramona Ader Rechtsanwältin bei <i>Blomstein</i> , Berlin	§§ 12, 13
Arian Birth, LL.M. Rechtsanwalt bei <i>Dechert</i> , Brüssel	§§ 4, 5
Katharina Bongs, LL.M. Rechtsanwältin bei <i>Van Bael & Bellis</i> , Brüssel	§§ 4, 5, 14
Dr. Carsten Bormann, MJur Rechtsanwalt und Partner bei <i>Oppenhoff</i> , Köln	§ 18
Dr. Fabian Eichberger, MJur Völkerrecht und Öffentliches Recht, Universität Mainz/Lauterpacht Centre for International Law, University of Cambridge	§§ 23, 26, 27, 28
Niklas Gatermann, LL.M. Rechtsanwalt bei <i>reuschlaw</i> , Berlin	§ 7 I
Dr. Katja Göcke, LL.M. Rechtsanwältin und Gesellschafterin bei <i>cattwyk</i> , Hamburg	§§ 10, 11
Prof. Dr. Henner Gött, LL.M. Referent im Bundeskanzleramt, Berlin	§ 3
Prof. Dr. Christoph Herrmann, LL.M. Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht	§ 1
Ines Florinde Horn, LL.M. Rechtsanwältin bei <i>Blomstein</i> , Berlin	§ 6
Prof. Dr. Romy Klimke Professur für Öffentliches Recht, BSP Business & Law School Berlin ..	§ 19
Dr. Laura Louca Rechtsanwältin bei <i>Blomstein</i> , Berlin	§§ 6, 29
Prof. Dr. Cornelia Manger-Nestler, LL.M. Professur für Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht, HTWK Leipzig	§ 20

Bearbeiterverzeichnis

Filip Medunić

Associate Fellow, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin . § 2

Matthias Schleifenbaum

Rechtsanwalt und Partner bei *Leitfeld*, Köln § 7 II

Sören Schomburg

Rechtsanwalt und Partner bei *Knauer&*, Berlin § 29

Nina Schwartz

Rechtsanwältin bei *Ashurst Perkins Coie*, Brüssel § 16

Dr. Roland M. Stein, LL. M. Eur.

Rechtsanwalt und Partner bei *Blomstein* und Direktor des CELIS
Instituts, Berlin § 1

Dr. Patricia Trapp

Rechtsanwältin bei *Clifford Chance*, Düsseldorf § 15

Dr. Moritz Vohwinkel

Rechtsanwalt und Partner bei *LLR Legerlotz und Partner*, Köln § 9

Alexander Wehde

Vorstandsvorsitzender Forschungsstelle für Rechtsfragen neuer Tech-
nologien sowie Datenrecht (ForTech) e.V., Bonn § 8

Dr. Dr. Claus Zimmermann, LL.M.

Rechtsanwalt, Partner und Global Co-Head of International Trade bei
Ashurst Perkins Coie, Brüssel § 16

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXXIII

Teil 1 Einführung Außenwirtschaftsrecht

§ 1 Einführung	1
I. Begriff des Außenwirtschaftsrechts	3
II. Instrumente und Ziele des Außenwirtschaftsrechts	4
1. Instrumente des Außenwirtschafts- und Zollrechts	4
2. Ziele des Außenwirtschaftsrechts	5
III. Die Kompetenzverteilung im Außenwirtschafts- und Zollrecht	6
1. Überblick	6
2. Verbandskompetenzen der EU	7
3. Kompetenzverteilung zwischen den Organen der EU; Entscheidungsregeln	11
4. Verbleibende Kompetenzen der Mitgliedstaaten	15
IV. Vertragliche und autonome Handels- und Zollpolitik der EU	16
1. Begriffliche Unterscheidung und systematischer Zusammenhang	16
2. Grundzüge der vertraglichen Handels- und Zollpolitik	18
3. Grundzüge der autonomen Handels- und Zollpolitik	35

Teil 2 Politik und Geoökonomie

§ 2 Ökonomie und Geoökonomie der Außenwirtschaft	43
I. Ökonomische und Geoökonomische Grundlagen der bisherigen Ordnung	44
1. Ökonomische Grundlagen der Außenwirtschaft	44
2. Liberal international economic order	47
II. Globalisierung, Versicherheitlichung (Securitization), Fragmentierung, und gegenseitige Abhängigkeiten	50
1. Handel	51
2. Technologie	58
3. Finanzen	64
III. Rohstoffe	65
IV. Ausblick	67
§ 3 Außenwirtschaftsrecht als Gegenstand der Politik	69
I. Einführung	70
II. Akteure und Institutionen	71
1. Staatliche Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland	71
2. Europäische Institutionen	75
3. Die Rolle der Gerichte, der Rechtsprechung und der Rechtsanwälte ..	79
4. Politische Parteien	80
5. Unternehmen und Wirtschaftsverbände	81
6. Zivilgesellschaftliche Organisationen	83
7. Wissenschaft und Think Tanks	84

8. Drittstaatliche Akteure	84
9. Internationale Organisationen und Formate	85
III. Außenwirtschaftspolitische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse	87
1. Allgemeines	87
2. Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse im gesellschaftlichen Raum	87
3. Die ‚Kontaktzone‘ zu öffentlichen Institutionen	88
4. Rechtssetzungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland	90
5. Europäische Rechtssetzungsverfahren	91
6. Politische Elemente von Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen bei der Rechtsanwendung	93
IV. Grundmotive in der politischen Auseinandersetzung mit dem Außenwirtschaftsrecht	94
1. Freihandel und Exportorientierung	94
2. Regelgebundenheit des Außenwirtschaftsverkehrs	94
3. Schutz von Rechten Dritter und Gemeinschaftsgütern	95
4. Aktive Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit, Protektionismus	97
5. Geopolitik, Versicherheitlichung und ‚Weaponization‘	97
6. Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung	98
V. Ausblick	99
Teil 3 Einfuhr und Ausfuhr	
§ 4 Allgemeines Einfuhrrecht	101
I. Einführung	102
II. Europäischer Binnenmarkt und freier Warenverkehr	103
1. Einfuhrbegriff	103
2. Einfuhrregeln durch die EU als Konsequenz des Binnenmarkts	104
3. Waren als Gegenstand des Einfuhrrechts	105
4. Abgrenzung vom freien Dienstleistungsverkehr	106
III. Zollrecht	108
IV. Handelspolitische Schutzinstrumente	109
1. Schutzmaßnahmen nach der EinfuhrVO	110
2. Antidumpingmaßnahmen	111
3. Antisubventionsmaßnahmen	113
4. Weitere handelspolitische Schutzinstrumente	114
V. Entwicklungen im Handelsschutzrecht	116
1. Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen	116
2. Anti-Coercion-Instrument	118
3. Zollkontingentregelung der StahlmarktVO (VO (EU) 2026/1384) und ihre Durchführung	120
VI. Internationale Handelsregelungen für Lieferketten	122
1. Nachhaltigkeit (EUDR, CBAM)	122
2. Unternehmerische Sorgfaltspflichten (LkSG und CSDDD)	123
3. Schutz vor Zwangsarbeit	125
VII. Vermarktungsvorschriften	126
§ 5 Allgemeines Ausfuhrrecht	128
I. Grundsatz der Ausfuhrfreiheit	129
1. Ausfuhr, Wiederausfuhr, Durchfuhr und Verbringung	130
2. Ausfuhrkompetenz der EU	131
3. Eingliederung der EU in das System der WTO	134

II. Ausführer und Ausfuhrverträge	139
1. Ausführer als Adressat des Ausfuhrrechts	139
2. Ausfuhrvertrag	140
III. Einschränkungen der Ausfuhrfreiheit	141
1. Ausfuhrbeschränkungen	141
2. Schutzmaßnahmen nach der AusfuhrVO	142
IV. Deutsches Recht als Verfahrensinstrumentarium	149
V. Rechtsschutz im Ausfuhrrecht	151
1. Rechtsschutz auf Unionsebene	151
2. Rechtsschutz in Bezug auf WTO-Recht	152
3. Deutscher Individualrechtsschutz	153
§ 6 Exportkontrollrecht	156
I. Einführung und Überblick über die Exportkontrolle	157
1. Was ist Exportkontrolle?	157
2. Grundbegriffe der Exportkontrolle	160
3. Überblick über die grundlegenden Maßnahmen der Exportkontrolle	163
II. Exportkontrollinstrumente im Einzelnen	180
1. Dual-Use-VO	180
2. Nationale Ausfuhrliste (AWV)	199
3. Kriegswaffenliste (KrWaffKontrG)	214
4. Feuerwaffen-VO	219
5. Anti-Folter-VO	223
III. Compliance und Rechtsschutz	227
1. Internes Compliance-System	227
2. Rechtsschutz	230
§ 7 Besondere Ein- und Ausfuhrregime	232
I. Chemikalien	233
1. Dynamik und Eigenständigkeit des europäischen Stoff- und Chemikalienrechts im System des Außenwirtschaftsrechts	233
2. Systematik und Struktur des europäischen Stoffrechts	235
3. Materielles Stoffrecht der Europäischen Union: Regelungsbereiche mit außenwirtschaftlicher Relevanz	241
4. Außenwirtschaftsrechtliche Kontrollregime für Chemikalien	262
5. Nationales Stoffrecht – Umsetzung, Ergänzung und Durchsetzung des europäischen Regulierungsrahmens	266
6. Vollzug und Haftung	269
7. Abschließende Reflexion	278
II. Landwirtschaftliche Erzeugnisse	279
1. Einleitung	279
2. Unionsrechtlicher Rahmen	280
3. Umsetzung in Deutschland	290
§ 8 Datenaußenwirtschaftsrecht	292
I. Einführung	294
II. Daten als „Elementarteilchen“ moderner Gesellschaften und Ökonomien des 21. Jahrhunderts	295
1. Erkenntnisgewinn aus Daten	296
2. Daten als Wirtschaftsgut und Produktionsfaktor	299
3. Datenökonomie im Überblick	301
III. Aufstieg der globalen Datengeopolitik und -geoökonomie	302

IV. Grundlagen des Datenaußenwirtschaftsrechts	311
1. Begriff	312
2. Funktions- und Zielbilder	317
3. Rechtsquellen	328
4. Akteure und Konstellationen	337
5. Instrumente und Regelungsmechanismen	340
6. Verhältnis zu anderen Rechtsgebieten	347
V. Datenexportrecht	350
1. Datenexport aus einem EU-Mitgliedstaat in ein Drittland	350
2. Datenexport aus einem Drittland in einen EU-Mitgliedstaat	373
3. Datenexport aus einem EU-Mitgliedstaat in einen anderen EU-Mitgliedstaat	397
4. Rechtsvergleichende Aspekte	397
VI. Datenimportrecht	399
VII. Sanktionsrecht	400
VIII. Investitionskontrollrecht	402
IX. Ausblick: Perspektiven für das Datenaußenwirtschaftsrecht	403
§ 9 Schutz geistigen Eigentums im Außenwirtschaftsrecht (Beschränkt auf Fragen im Außenwirtschaftsverkehr)	405
I. Grundlagen	407
II. Überlegungen für die Praxis	408
1. IP-Compliance als Marktzugangsvoraussetzung	408
2. IP-Strategie als Teil der Import- und Exportkontrollorganisation	409
III. Internationale Abkommen	409
1. TRIPS	409
2. PVÜ	413
3. RBÜ	415
4. Madrider System (Marken)	416
5. PCT (Patente)	416
6. Haager Abkommen (Designs) – Gestaltungsschutz für globale Produkteinführungen	416
7. Internationale (Mindest)-Standards und gemeinsame Prinzipien	417
IV. Typische Eingriffshandlungen in Rechte geistigen Eigentums im Außenwirtschaftsverkehr	420
1. Herstellung	420
2. Ausfuhr	420
3. Transit	420
4. Einfuhr	421
5. Vermarktung	421
6. Messepräsentation	421
V. Grenzbeschlagnahme	422
1. Einleitung	422
2. Anwendungsbereich der Produktpiraterie-VO	425
3. Tätigwerden der Zollbehörden	434
4. Grenzbeschlagnahme auf Basis nationaler Vorschriften	445
5. Haftung und Kosten	447
6. Antragsverfahren für den Schutzrechtsinhaber	450
7. Entscheidung über den Antrag	453

Teil 4 Zollrecht

§ 10 Materielles Zollrecht	457
I. Zolltarifrecht	459
1. Die Elemente des Gemeinsames Zolltarifs	459
2. Antragspflicht für die Anwendung bestimmter zolltariflicher Begünstigungen	466
3. Zollkontingente und Zollplafonds	466
II. Außertarifliche Zollbefreiung	467
III. Zollwertrecht	469
1. Einführung	469
2. Ermittlung des Zollwertes nach der Transaktionswertmethode	470
3. Ermittlung des Zollwertes nach einer Folgemethode	477
4. Verfahrensfragen	480
IV. Warenursprung und Präferenzen	480
1. Nichtpräferenzzieller Ursprung	481
2. Präferenzen	488
V. Zollschuldrecht	494
1. Einführung	494
2. Entstehen der Einfuhrzollschuld	495
3. Sicherheitsleistung für Zollschulden	501
4. Erhebung der Zollschuld	503
5. Entrichtung der Zollschuld	506
6. Erstattung und Erlass	508
7. Erlöschen der Zollschuld	518
§ 11 Zollverfahrensrecht	521
I. Verbringen von Waren in das Zollgebiet der EU	521
1. Summarische Eingangsmeldung	522
2. Ankunft der Waren	526
3. Vorübergehende Verwahrung von Waren	528
4. Überführung in ein Zollverfahren	531
5. Wiederausfuhr	548
II. Überlassung von Waren zum zollrechtlich freien Verkehr und zu besonderen Verfahren	549
1. Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr	549
2. Besondere Verfahren	550
III. Verbringen von Waren aus dem Zollgebiet der EU	576
1. Vorabmeldung	577
2. Beteiligte am Ausfuhrverfahren bzw. an der Wiederausfuhr	579
3. (Wieder-)Ausfuhranmeldung und Ausfuhrzollstellen	582
4. Überprüfung der Anmeldung, Überlassung zur Ausfuhr und Ausgang aus dem Zollgebiet der Union	583
5. Sonderfälle der Ausfuhrzollanmeldung	584
6. Vorübergehende Ausfuhr mit Carnet ATA	585

Teil 5 Handelspolitische Schutzinstrumente und Sanktionen

§ 12 Antidumpingmaßnahmen	587
I. Einleitung	588
1. Übersicht	588
2. Internationaler Rahmen	589
3. Unionsrechtlicher Rahmen	592

II. Voraussetzungen für Antidumpingzölle	596
1. Waren als Gegenstand von Antidumpingmaßnahmen	597
2. Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr in der Union	597
3. Vorliegen von Dumping	598
4. Verursachung einer Schädigung eines Wirtschaftszweigs der Union	609
5. Eingreifen im Unionsinteresse erforderlich	612
III. Ablauf des Antidumpingverfahrens	617
1. Einleitung	617
2. Durchführung	619
3. Abschluss und Entscheidung	623
4. Wiederaufnahme der Untersuchungen	625
5. Möglichkeiten zur Überprüfung und Erweiterung von Antidumpingmaßnahmen	626
IV. Geltung und Umfang von Zöllen	628
1. Zeitliche Anwendung	628
2. Ausweitung bei Umgehung	629
V. Rechtsschutz	632
1. Rechtsschutz vor nationalen Gerichten	632
2. Rechtsschutz vor europäischen Gerichten	633
§ 13 Antisubventionsmaßnahmen	635
I. Einleitung	636
1. WTO-rechtliche Grundlagen	636
2. Unionsrechtlicher Rahmen	638
3. Verhältnis der AS-GVO zu anderen Regelungsbereichen	639
II. Voraussetzungen für die Einführung von Ausgleichszöllen	641
1. Vorliegen einer spezifischen Subvention	641
2. Schädigung eines Wirtschaftszweigs der Union	644
3. Eingreifen im Unionsinteresse erforderlich	645
III. Berechnung der Höhe der anfechtbaren Subvention	646
1. Spezielle Regelungen nach Art der Subvention	646
2. Ergänzende allgemeine Regelungen	647
IV. Ablauf des Antisubventionsverfahrens	648
1. Einleitung des Antisubventionsverfahrens	649
2. Durchführung des Antisubventionsverfahrens	651
3. Verfahrensabschluss	654
4. Überprüfungen und Erstattung	656
V. Rechtsschutz	660
1. Rechtsschutz vor den Gerichten der Europäischen Union	660
2. Rechtsschutz vor nationalen Gerichten	662
§ 14 Schutzmaßnahmen (Safeguard Measures)	663
I. Einführung/Hintergrund	663
II. WTO-Recht	664
1. Rechtsgrundlagen auf WTO-Ebene	665
2. Voraussetzungen von Artikel XIX des GATT 1994 und dem WTO-SchmÜ	665
III. EU-Recht	673
1. Rechtsgrundlagen und Auslegung	673
2. Materielle Voraussetzungen für Schutzmaßnahmen nach der EinfuhrVO	673
3. Verfahren	685

4. Schutzmaßnahmen in Freihandelsabkommen oder in einseitigen autonomen Handelspräferenzinstrumenten der EU	689
5. Schnittstellen mit anderen Handelsschutzmaßnahmen	690
§ 15 Foreign Subsidies Regulation	693
I. Einleitung	694
1. Zielsetzung der Verordnung und Einordnung in das EU-Außenwirtschaftsrecht	694
2. Wettbewerbs- und Beihilferecht	695
3. Handelspolitische Instrumente	696
4. Investitionskontrolle	696
5. Vergaberecht	697
6. EU-Finanzierungsregeln	697
II. Anwendungsbereich	698
1. Persönlicher Anwendungsbereich	698
2. Sachlicher Anwendungsbereich	699
3. Begriff der „drittstaatlichen Subvention“	700
III. Erfasste Konstellationen	705
1. Zusammenschlusskontrolle	705
2. Öffentliche Vergabeverfahren	728
3. Untersuchung von Amts wegen	735
IV. Verfahrensvorschriften	736
1. Einstweilige Maßnahmen	736
2. Auskunftsverlangen, Nachprüfungen und Vorgehen bei fehlender Kooperation	737
3. Geldbußen und Zwangsgelder	739
V. Verhältnis und Abgrenzung zu anderen Rechtsinstrumenten	741
1. Internationale Übereinkommen	741
2. WTO-Recht	742
§ 16 Handelshemmnis-VO, Handelsvergeltungs-VO, ACI	745
I. Handelshemmnisverordnung	746
1. Einführung	746
2. Historischer und rechtlicher Kontext	748
3. Systematik der Verordnung	749
4. Bedeutung der Verordnung in der Praxis und Ausblick	764
II. Handelsvergeltungsverordnung	764
1. Einführung	764
2. Entstehungsgeschichte	765
3. Systematik der Verordnung	765
4. Bedeutung der Verordnung in der Praxis und Ausblick	769
III. Anti-Coercion Instrument	770
1. Einführung	770
2. Entstehungsgeschichte	771
3. Unionsrechtliche Kompetenzgrundlage und internationales Recht	771
4. Systematik der Verordnung	773
5. Bedeutung der Verordnung in der Praxis und Ausblick	776
§ 17 Sanktionen	778
I. Einführung	780
1. Grundlagen	780
2. Historie und heutige Bedeutung	781
3. Überblick über bestehende EU-Sanktionsregime	783

II. Rechtsrahmen für den Erlass von Sanktionen	784
1. Völkerrecht	784
2. Unionsrecht	786
III. Rechtssetzung	787
1. UN-Sanktionen	787
2. EU-Sanktionen	788
3. Nationale Sanktionen	792
IV. Abwehr- und Gegenmaßnahmen gegenüber Sanktionen von Drittstaaten	792
1. EU Blocking-VO	793
2. Verbot von Boykottenerklärungen (§ 7 AWW)	796
3. Anti-Coercion-Instrument	798
V. Geltungsbereich von EU-Sanktionen	798
1. Persönlicher und räumlicher Geltungsbereich	798
2. Zeitlicher Anwendungsbereich	803
VI. Länderbezogene EU-Sanktionen	804
1. Güterbezogene Sanktionen	804
2. Dienstleistungsbeschränkungen	821
3. Finanzwirtschaftliche Sanktionen	823
4. Weitere sektorale Beschränkungen	824
VII. Personenbezogene EU-Sanktionen	825
1. Einfriergebote und Bereitstellungsverbote	825
2. Einreisebeschränkungen	844
3. Andere personenbezogene Sanktionen	844
VIII. Typische Abschlussbestimmungen	847
1. Umgehungsverbot	848
2. Anspruchsverzichtsklauseln („No-Claims“-Klauseln)	848
3. Melde- und Kooperationspflichten	851
IX. Anforderungen an die Sanktions-Compliance	851
X. Sanktionsdurchsetzung	854
1. Zuständigkeiten	854
2. Folgen von Sanktionsverstößen	855
XI. Zivilrechtliche Auswirkungen von EU-Sanktionen	857
1. Vertragsverhältnisse und Haftungsrisiken	857
2. Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren	859
XII. Rechtsschutz	859
1. Rechtsschutz gegen UN-Sanktionen	860
2. Rechtsschutz gegen EU-Sanktionen	860
3. Rechtsschutz im Zusammenhang mit der nationalen Sanktionsdurchsetzung	862
XIII. Das Ende von Sanktionen	863

Teil 6 Investitionen und Zahlungsverkehr

§ 18 Investitionskontrolle	865
I. Einleitung	866
II. Völker- und unionsrechtliche Einordnung	867
1. Der Begriff der ausländischen Direktinvestition	867
2. Vereinbarkeit der Überprüfung und Beschränkung von Direktinvestitionen mit übergeordneten Pflichten	868
3. Die EU-Screening-Verordnung	870
III. Das nationale Investitionsprüfverfahren	876
1. Die sektorübergreifende Prüfung	877

2. Die sektorspezifische Prüfung	897
3. Verfahrensübergreifende Aspekte	899
IV. Ausblick – Das geplante Investitionskontrollgesetz	905
§ 19 Investitionsschutz	907
I. Einleitung	909
II. Historische Entwicklung des Investitionsschutzrechts	911
1. Fremdenrechtliche Mindeststandards	911
2. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsverträge	911
3. Der Siegeszug der BITs	912
III. Rechtsquellen	913
1. Völkervertragsrecht	914
2. Investitionsverträge zwischen Investor und Gaststaat	918
3. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze	919
4. Soft Law	920
5. Besonderheiten des EU-Investitionsschutzrechts	920
IV. Materielles Investitionsschutzrecht	924
1. Anwendungsbereich	924
2. Materielle Behandlungsstandards	929
V. Rechtsschutz im Investitionsschutzrecht	945
1. Zwischenstaatliche Streitbeilegung	945
2. Investor-Staat-Streitbeilegung	945
VI. Nachhaltigkeit und Klimaschutz	952
§ 20 Kapital- und Zahlungsverkehr	955
I. Begriffliche Einordnung und Typologie der Instrumente	956
1. Standortbestimmung	956
2. Begriffe	957
3. Typologie der Steuerungsinstrumente	959
4. Abgrenzung zu Investitionskontrolle und -schutz	961
II. Institutionalisierte Regelungsebenen und Rechtsrahmen	962
1. International	963
2. Europäische Union (Art. 63 ff. AEUV)	972
3. Deutschland	980
4. Sanktionsregime im Kapital- und Zahlungsverkehr, insbes. Auswirkungen internationaler Sanktionen auf nationaler Ebene	986
5. Insbesondere Sanktionen gegenüber Russland	987
III. Institutionell-funktionale Wechselwirkungen	987
1. Horizontale und vertikale Zuständigkeitsverteilung zwischen den Ebenen	988
2. Wechselwirkungen zwischen den Steuerungsinstrumenten	989
3. Aktuelle Entwicklungslinien und Ausblick	990
Teil 7 Internationale Lieferketten und Nachhaltigkeit	
§ 21 EU Green Deal und Clean Industrial Act	993
I. Entwicklung des European Green Deals	993
II. Instrumentelles Außenwirtschaftsrecht	997
1. Interne Ziele	997
2. Außenziele	998
III. Außenwirtschaftsrecht als Bestandteil eines neuen Wirtschaftsordnungs- konzepts	999

§ 22 CBAM	1000
I. Ziele	1001
II. Primärrechtlicher Hintergrund	1002
1. Einfügung in Ziele des Lissabonner Vertrags	1002
2. Primärrechtliche Rechtsgrundlage	1003
III. Sekundärrechtlicher Kontext	1003
IV. Regelungsinhalt	1004
1. Grundkonzept	1004
2. Anwendungsbereich	1005
3. Begriff der „grauen Emissionen“	1006
4. Anrechnungen und Anpassungen	1009
5. Verfahren	1010
6. Durchsetzung und Kontrolle	1012
7. Zuständige Behörden	1012
V. Rechtsschutz und Prozessuales	1013
VI. Änderungen und aktuelle Entwicklungen	1013
VII. Position im Völkerrecht	1014
1. WTO-Recht	1014
2. Klimavölkerrecht	1014
§ 23 Zwangsarbeitsverordnung	1015
I. Ziele	1015
II. Primärrechtlicher Hintergrund	1016
III. Sekundärrechtlicher Kontext	1016
IV. Regulatorische Mechanik	1017
1. Anwendungsbereich	1017
2. Pflichten für Wirtschaftsakteure	1018
3. Behördliche Maßnahmen	1019
4. Verwaltungsorganisation	1022
V. Streitbeilegung	1022
VI. Position im Völkerrecht	1023
VII. Ausblick	1024
§ 24 Allgemeines Lieferkettenrecht: CSDDD und LkSG	1025
I. Ziele	1027
II. Primärrechtlicher Hintergrund	1028
III. Sekundärrechtlicher Kontext	1028
IV. Regelungsinhalt	1029
1. Anwendungsbereich	1029
2. Sorgfaltspflichten: Geschützte Gehalte	1031
3. Sorgfaltspflichten: Erfasste Personen in der Aktivitäts-/Lieferkette	1035
4. Sorgfaltspflichten: Inhalt	1035
5. Haftung	1042
6. Umsetzung in nationales Recht	1043
7. Hoheitliche Überwachung und Durchsetzung	1047
8. Zuständige Behörden und Organisation	1047
V. Rechtsschutz	1047
VI. Änderungen und aktuelle Entwicklungen	1047
VII. Position im Völkerrecht	1048
§ 25 CSRD	1050
I. Ziele	1051
II. Primärrechtlicher Hintergrund	1051
III. Sekundärrechtlicher Kontext	1052

IV. Regelungsinhalt	1052
1. Anwendungsbereich	1052
2. Berichtspflichten	1053
3. Umsetzung in nationales Recht	1055
4. Hoheitliche Überwachung und Durchsetzung	1055
5. Zuständige Behörden und Organisation	1055
§ 26 Entwaldungsverordnung (EUDR)	1057
I. Ziele	1057
II. Primärrechtlicher Hintergrund	1058
III. Sekundärrechtlicher Kontext	1058
IV. Regulatorische Mechanik	1059
1. Anwendungsbereich	1060
2. Merkmal der „Entwaldungsfreiheit“	1061
3. Elemente der Sorgfaltspflicht	1062
4. Durchsetzung	1064
5. Kritik	1065
V. Streitbeilegung	1066
VI. Position im Völkerrecht	1066
VII. Zukunft	1068
§ 27 Tier- und Pflanzenarten	1069
I. Ziele	1069
II. Primärrechtlicher Hintergrund	1070
III. Sekundärrechtlicher Kontext	1070
1. Artenschutz-VO und begleitende Rechtsinstrumente	1070
2. Sonderregelungen bezüglich bestimmter Arten und Tiererzeugnisse	1071
IV. Regulatorische Mechanik	1071
V. Zukunft	1073
§ 28 Konfliktmineralien	1074
I. Ziele	1074
II. Unionsrechtlicher Hintergrund	1075
III. Regulatorische Mechanik	1075
IV. Ausblick	1077

Teil 8 Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht

§ 29 Allgemeine strafrechtliche Grundsätze im Außenwirtschafts- und Exportkontrollrecht	1079
I. Allgemein	1080
1. Vorbemerkung	1080
2. Geltungsbereich der Vorschriften	1081
3. Täterschaft und Teilnahme	1083
4. Zurechnungsprobleme/Verantwortlichkeiten von Leitungspersonen & Unterlassen	1085
5. Irrtumskonstellationen	1088
II. Das Ordnungswidrigkeitsdelikt im Außenwirtschafts- und Exportkontrollrecht	1091
1. Verhältnis Straftatbestände und Ordnungswidrigkeitenrecht	1091
2. Das Fahrlässigkeitsdelikt im AWG	1092
3. §§ 30,130 OWiG	1094
4. Die Selbstanzeige gemäß § 22 Abs. 4 AWG	1099
III. Nebenfolgen eines Verstoßes	1100
1. Einziehung von Taterträgen	1101

2. Einziehung von Tatgegenständen	1102
3. Widerruf bestehender Genehmigungen	1103
4. Zukünftige Vergabeverfahren	1105
5. Rufschädigung	1106
IV. Prozessuales	1107
1. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden	1107
2. Ermittlungsmaßnahmen und Gefahrenabwehr	1108
3. Gerichtliche Zuständigkeiten	1109
V. Die Bedeutung eines Internal Compliance Programmes im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren	1110
VI. Zollstraftaten nach der Abgabenordnung	1112
1. Steuerhinterziehung nach § 370 AO	1112
2. Bannbruch nach § 372 AO	1113
3. Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel nach § 373 AO	1114
4. Steuerhhehlerei nach § 374 AO	1114
Sachverzeichnis	1117


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG